



## Presseinformation

Nr. 101/2002

Kiel, Dienstag, 19. März 2002

Schulen/Lehrermangel

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Dr. Christel Happach-Kasan, MdL**  
Stellvertretende Vorsitzende

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Christel Aschmoneit-Lücke, MdL**

**Joachim Behm, MdL**

**Dr. Heiner Garg, MdL**

**Günther Hildebrand, MdL**

### Ekkehard Klug: Besetzung von Lehrerstellen wird immer schwieriger

Die Besetzung von Lehrerstellen wird in manchen Schularten und in einigen Unterrichtsfächern immer schwieriger. Dies geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des FDP-Abgeordneten **Ekkehard Klug** hervor (Drucksache 15/1733).

Im einzelnen enthält die Antwort der Regierung, wie Klug im Pressedienst seiner Fraktion mitteilte, folgende Informationen:

- Anfang März d.J. gab es 22 unbesetzte Lehrerstellen, davon 16 an den berufsbildenden Schulen.
- Unbesetzt sind derzeit ebenfalls 24 Anwärterstellen, davon 13 bei den berufsbildenden Schulen.
- Darüber hinaus wurden zum Einstellungstermin 1. Februar 2002 zwanzig der 224 Referendar-/Anwärterstellen der berufsbildenden Schulen wegen Bewerbermangel auf den Sonderschulbereich übertragen.
- Aufgrund personeller Fluktuation rechnet das Kultusministerium ferner im Jahresdurchschnitt mit Vakanzen im Gegenwert von etwa 70 Lehrerstellen sowie 8 Referendar-/Anwärterstellen;
- Bewerbermangel gibt es im Bereich der allgemeinbildenden Schulen in den naturwissenschaftlichen Fächern, in Religion, Kunst, Musik, Latein und Sport, im Berufsschulbereich in den Fächern Metalltechnik, Elektrotechnik/Nachrichtentechnik, Drucktechnik/Mediengestaltung, Wirtschaftsinformatik, Technische Informatik und Spanisch.
- Seit dem vorletzten Einstellungstermin (1. August 2001) wurden 53 Dauerstellen der Grund- und Hauptschulen mit Realschullehrern besetzt. Außerdem sind auch auf 103 befristeten Stellen der Grund- und Hauptschulen Realschullehrer/-innen eingestellt worden. In einzelnen Fällen sind Stellen aus dem Grund- und Hauptschulbereich auch mit Gymnasiallehrern besetzt worden (5 Dauerstellen, 14 befristete Stellen). Hierin zeige sich, wie Klug feststellte, der zunehmende Mangel an Absolventen des Lehramtes für Grund- und Hauptschulen. Durch die vor vier Jahren in Schleswig-Holstein von

der rot-grünen Landesregierung beschlossene Abschaffung dieses Studienganges an der Kieler Uni sei die Gesamtzahl der Studierenden, die Grund- und Hauptschullehrer werden wollen, von damals rund 1.800 und jetzt rund 1.100 zurückgegangen.

Zur Einordnung der Zahl der Vakanzen und der „schulartfremden“ Stellenbesetzungen wies Klug darauf hin, dass in Schleswig-Holstein im vorigen Schuljahr (2000/01) 843 Lehrerinnen und Lehrer auf unbefristeten Stellen sowie weitere 816 Lehrkräfte im Rahmen befristeter Verträge eingestellt worden sind. Vor dem Hintergrund dieser Zahlen müsse der Bewerbermangel - neben den überall bestehenden fachspezifischen Problemen - vor allem bei den Grund- und Hauptschulen und bei den Berufsschulen als besorgniserregend bezeichnet werden.

Zur Verbesserung der Bewerberlage muss die Landesregierung nach Auffassung des FDP-Bildungsexperten in mehreren Bereichen tätig werden. Im einzelnen forderte Klug:

- Anwärter- und Referendarstellen müssten durch Einführung einer besseren Vergütung attraktiver gemacht werden. Das Festhalten an einer Bezahlung, die z.T. unter den Sozialhilfesätzen liege, schrecke qualifizierte Bewerber ab;
- Das Einstellungsverfahren sei grundlegend zu reformieren. Nach der derzeitigen Einstellungspraxis sei der Wechsel in den Schuldienst für solche Bewerber, die bereits anderweitig in einem Arbeitsverhältnis stehen, praktisch unmöglich. Wenn - wie zum Beispiel in diesem Jahr vor dem Einstellungstermin 1. Februar - Zu- und Absagen erst wenige Tage vor diesem Termin zugestellt würden, sei es für berufstätige Bewerber nicht möglich, die üblichen Kündigungsfristen von in der Regel drei Monaten einzuhalten. De facto reduziere das Land den Bewerberkreis damit auf Berufsanfänger und arbeitslose Lehrkräfte.
- Überprüft werden müsse ferner die bisherige starre Haltung des Landes hinsichtlich der Einstellung von Bewerbern aus den neuen Bundesländern, die nicht die üblichen Laufbahnvoraussetzungen erfüllen. Es sei nicht einzusehen, dass zum Beispiel Lehrkräfte, die eine erfolgreiche berufliche Tätigkeit an einer ostdeutschen Grundschule nachweisen könnten, in Schleswig-Holstein nicht in den Schuldienst.
- Für Bereiche, in denen auch auf längere Sicht noch Engpässe drohen, müssten an der Universität Kiel zusätzliche Angebote in der Lehrerbildung eingerichtet werden. Dies betreffe neben dem Lehrämtern für Grund- und Hauptschulen vor allem Studienangebote für angehende Berufsschullehrer.